

Antrag

der Abgeordneten Bärbel Höhn, Hans-Josef Fell, Sylvia Kotting-Uhl, Cornelia Behm, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Ulrike Höfken, Dr. Anton Hofreiter, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Handeln statt Reden – Klimaschutz jetzt

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung steht vor dem Scheitern. Die Verschiebung des zweiten Teils des Klima- und Energiepakets hat die klimapolitische Handlungsunfähigkeit der Bundesregierung offen zur Schau gestellt. Mit dem zusammengestrichenen Klimapakete ist das notwendige Ziel, die deutschen Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken, nicht einmal entfernt zu erreichen. Der Dauerstreit in der Koalition und die Rücksichtnahme auf die Interessen der Automobil- und Energielobby hindern die Bundesregierung vor allen in den drei zentralen Fragen des Neubaus klimaschädlicher Kohlekraftwerke, des Klimaschutzes im Verkehr und der Energieeinsparung und Energieeffizienz an einer wirksamen Klimaschutzpolitik.

Das Eintreten für den Bau neuer Stein- und Braunkohlekraftwerke ist ein klimapolitischer Kardinalfehler der Bundesregierung. Neue Kohlekraftwerke machen wegen ihres hohen CO₂-Ausstoßes und ihrer schlechten Effizienz jede wirkungsvolle Klimaschutzstrategie zunichte. Der geplante Neubau von mehr als 20 Kohlekraftwerken würde Deutschland für 40 bis 50 Jahre auf eine extrem klimaschädliche Energieversorgung festlegen und den Spielraum für eine entscheidende Senkung der CO₂-Emissionen erheblich einschränken. Denn anders als die Bundesregierung argumentiert, wird in der Realität nicht der Emissionshandel die Kraftwerksemissionen begrenzen, sondern der bestehende Kraftwerkspark die Festlegung der Emissionsobergrenzen im Rahmen des Emissionshandels bestimmen.

Im Verkehrsbereich ist die Bundesregierung in der Europäischen Union (EU) nicht Vorreiter sondern Bremsen beim Klimaschutz. Durch die Verwässerung und Blockade der von der Kommission vorgeschlagenen CO₂-Grenzwerte für Pkw behindert die Bundesregierung die Einführung effizienterer und sparsamerer Automodelle – zulasten des Klimas und der unter hohen Benzinpreisen leidenden Verbraucher. Auch ein Tempolimit auf Autobahnen, das ohne Kosten und bürokratischen Aufwand erhebliche CO₂-Reduktionen bringen würde, wird von der Bundesregierung hartnäckig blockiert. Zugleich reiht sich bei den in Meseberg beschlossenen Verkehrsmaßnahmen eine Pleite an die andere: Nach dem Scheitern der Anhebung der Biokraftstoffquote ist nun auch die Reform der Kfz-Steuer von Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos,

gestoppt worden und wird nach Einschätzung des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zum 1. Januar 2009 nicht mehr kommen. Auch die Erhöhung und Spreizung der Lkw-Maut ist in Frage gestellt. Unterm Strich steht die Bundesregierung damit beim Verkehr, der für ca. 20 Prozent der deutschen Treibhausgasemissionen verantwortlich ist, mit leeren Händen da. Die Diskussion innerhalb der Koalition um die Wiedereinführung der alten Entfernungspauschale macht es sogar wahrscheinlich, dass die klimaschädlichen Subventionen im Verkehrsbereich nicht abgebaut sondern ausgeweitet werden.

Kaum besser sieht die Bilanz der Bundesregierung in den Bereichen Effizienz und Energieeinsparung aus. Die Verschärfung der Energiesparverordnung wurde verschoben und durch Ausnahmen für Ein- und Zweifamilienhäuser weitgehend entwertet; das versprochene Recht von Mietern auf eine angemessene energetische Sanierung ihrer Mietwohnungen fallen gelassen. Der Ersatz ineffizienter Nachtspeicherheizungen kommt nicht voran, und bei den Effizienzvorgaben für energiebetriebene Geräte hat die Bundesregierung entgegen ihren Ankündigungen keine dynamische Verschärfung der Standards nach dem Toprunner-Prinzip durchgesetzt. Was schließlich die Effizienz der Stromerzeugung angeht, wird die Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKGesetz) nach einhelliger Expertenmeinung die angestrebte Verdopplung des KWKG-Anteils weit verfehlen.

Hinzu kommt, dass das von der Bundesregierung vorgelegte Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz durch die Beschränkung auf die geringe Zahl an Neubauten weitgehend ins Leere läuft. Damit verkennt die Bundesregierung die Zeichen der Zeit, denn die Preisexplosionen auf den fossilen Brennstoffmärkten treiben heute bereits immer mehr Menschen in die Energiearmut und drängen zum Umstieg auf Erneuerbare Energien. Im Strombereich besteht die Gefahr, dass die sehr schnelle und willkürliche Absenkung der Vergütungssätze für Solarstrom um bis zu einem Drittel innerhalb von vier Jahren große Teile der Branche überfordert und Photovoltaik-Investoren abschreckt statt sie zu fördern.

Deshalb droht nach den großen Klimaschutz-Versprechungen des vergangenen Jahres nun ein klimapolitisches Debakel, wenn das Klima- und Energiepaket nicht tiefgreifend nachgebessert und ohne Verzögerungen umgesetzt wird.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. das Ziel, die deutschen Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 zu senken, nicht aufzugeben, und das Integrierte Klima- und Energiepaket so umfassend nachzubessern, dass dieses Ziel noch erreicht werden kann;
2. den Neubau von Kohlekraftwerken zu verhindern und den politischen und gesetzlichen Rahmen für eine sichere, effiziente und klimaverträgliche Stromerzeugung ohne neue Kohlekraftwerke zu setzen, indem sie
 - ein Moratorium für den Neubau von Kohlekraftwerken durchsetzt, bis die CCS-Technik (CCS – Carbon Capture and Storage) einsatzfähig und auf ihre ökologische Unbedenklichkeit hin geprüft ist,
 - jeder Form von Vergünstigung für Kohlekraftwerke im Rahmen des Emissionshandels eine Absage erteilt,
 - sich für die 100-prozentige Versteigerung der Emissionszertifikate für die Energiewirtschaft ab der dritten Handelsperiode stark macht,
 - dauerhaft verlässliche Rahmenbedingungen für den dynamischen Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie der Kraft-Wärme-Kopplung setzt;

3. die Freisetzung von Treibhausgasen im Verkehrssektor zu reduzieren und folgende Maßnahmen unverzüglich umzusetzen:
 - ein generelles Tempolimit von 130 km/h auf allen Autobahnen einzuführen und so ohne zusätzliche Kosten rund 2,5 Mio. Tonnen CO₂ im Jahr einzusparen,
 - den Widerstand gegen schärfere Emissionsstandards für Pkw in der EU unverzüglich aufzugeben und sich für die Einführung eines CO₂-Grenzwertes von 120 g/km ab 2012 ohne Anrechnung weiterer Maßnahmen und von 80 g/km ab dem Jahr 2020 einzusetzen,
 - die Kfz-Steuer auf CO₂-Basis umzustellen, und dabei spritsparende Autos bis 120 Gramm CO₂ für vier Jahre steuerfrei zu stellen und dies durch eine progressiv ansteigende Steuer auf Neuwagen mit einem hohen CO₂-Ausstoß zu finanzieren,
 - die klimaschädlichen Steuerprivilegien für große Dienstwagen mit einem hohen CO₂-Ausstoß einzuschränken,
 - die Lkw-Maut zu erhöhen, auf Bundesstraßen auszuweiten und Transporter ab 3,5 Tonnen einzubeziehen,
 - die beschlossene Bahnprivatisierung noch zu stoppen und die Mittel für den Regionalverkehr aufzustocken,
 - den Luftverkehr mit wirksamen Vorgaben ab 2012 in den Europäischen Emissionshandel einzubeziehen,
 - die steuerliche Subventionierung des Flugverkehrs zu beenden;
4. die erheblichen Einsparpotenziale beim Wärme- und Stromverbrauch zu erschließen und so gleichzeitig den Energieverbrauch zu senken und Energiekosten der Verbraucher zu senken, indem sie unter anderem
 - den maximalen Energieverbrauch bei Neubauten auf unter 40 kWh pro Jahr und Quadratmeter fest schreibt,
 - die finanziellen Anreize zur Förderung der energetischen Sanierung bestehender Gebäude mit dem Ziel verstärkt, den Wärmebedarf hier auf 100 kWh pro Jahr und Quadratmeter Wohnfläche zu senken,
 - einen Energieeinsparfonds sowie Programme zur Umstellung auf Erneuerbare Energien einrichtet, die gezielt einkommensschwachen Haushalten und insbesondere dem Bereich des Mietwohnungsbaus zugute kommen,
 - eine Vorreiterrolle in der EU für die Umsetzung eines Top-Runner-Ansatzes übernimmt und so Anreize und Pflichten zur dynamischen Weiterentwicklung der effizientesten Geräte schafft. Darüber hinaus soll die Bundesregierung auf die rasche Umsetzung einer Zertifizierung sparsamerer Geräte in Europa drängen;
5. weitere Maßnahmen zur Erreichung der deutschen Klimaziele zu ergreifen, insbesondere
 - ein Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz vorzulegen, dass die Nutzung von Wärme aus Erneuerbaren Energien nicht nur für Neubauten sondern auch im Gebäudebestand vorschreibt,
 - durch Nachbesserungen der Novelle des KWK-Gesetzes und eine Aufstockung der Mittel dauerhaft verlässliche Rahmenbedingungen für den dynamischen Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung zu setzen,

- eine Wende beim Einsatz von Biotreibstoffen zu vollziehen, die nachhaltige Erzeugung in den Mittelpunkt der Bioenergiestrategie zu stellen und die Zielquoten im Treibstoffbereich entsprechend anzupassen. Dazu sind
 - verbindliche und nachprüfbar ökologische und soziale Kriterien für die Erzeugung festzulegen und Zertifizierungssysteme zu entwickeln,
 - die einseitige Konzentration auf die Beimischung von Biotreibstoffen zu beenden und die Besteuerung reiner Pflanzentreibstoffe abzuschaffen sowie
 - ein Import-Moratorium für nicht nachhaltig erzeugte Biotreibstoffe einzuführen,
- ihren Widerstand gegen mehr Wettbewerb auf den Energiemärkten und eine eigentumsrechtliche Trennung von Übertragungsnetzen und Produktion aufzugeben, um neuen innovativen Anbietern faire Wettbewerbschancen zu bereiten.

Berlin, den 4. Juni 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion